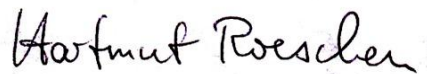


SPD-Stadtverordnetenfraktion der Stadt Laubach
Carl-Barnas-Str. 1
353212 Laubach

Herrn
Stadtverordnetenvorsteher
Joachim M. Kühn
Friedrichstraße 11
D-35321 Laubach

17. März 2014

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
ich bitte Sie höflichst, nachfolgenden Antrag zur Beschlussfassung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Laubach zu setzen.
Mit freundlichen Grüßen



Fraktionsvorsitzender

**Betr.: Wahlen zum Europäischen Parlament -
EU-BürgerInnen – ran an die Laubacher Wahlurnen!!!**

Der Magistrat wird beauftragt, alle erforderlichen und geeigneten Mittel zu ergreifen, um Bürgerinnen und Bürger aus anderen Staaten der Europäischen Union umfassend über die Möglichkeiten der Ausübung ihres Wahlrechts zum Europäischen Parlament **in Deutschland (hier in LAUBACH)** zu informieren. Als geeignet werden insbesondere direkte Anschreiben an den betreffenden Personenkreis in deutscher Sprache und in der jeweiligen Fremdsprache angesehen.

Begründung:

Am 25. Mai 2014 finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Alle Bürgerinnen und Bürger der anderen Mitgliedsstaaten der EU haben die Möglichkeit, zwischen der Stimmabgabe in ihrem Heimatland und der in der BRD zu optieren. Dazu müssen sich die betreffenden EU-Bürgerinnen und -bürger bis zum 4. Mai in die Wählerverzeichnisse in Deutschland eintragen lassen. Dies erfolgt durch einen entsprechenden schriftlichen Antrag beim örtlich zuständigen Wahlleiter. Dieses vergleichsweise komplizierte Verfahren wird die Wahlbeteiligung dieser Personengruppe beeinträchtigen, da nicht alle Betroffenen in ihren Heimatländern wählen (können).

Es liegt daher im Interesse einer hohen Wahlbeteiligung sowie im Interesse einer noch stärkeren Integration dieser Bürgerinnen und Bürger in das gesellschaftliche und politische Leben in Deutschland, wenn diese aktiv und rechtzeitig auf ihr Wahlrecht in der BRD hingewiesen werden.. Dazu wird seitens des Bundeswahlleiters (BMI) eine Broschüre in den Sprachen der EU den Landes- und Gemeindevahlleitern zur Verfügung gestellt. Diese könnte mit einem Anschreiben den Bürgerinnen und Bürgern zugeschickt werden und damit ein Beitrag für eine breitere Verankerung der Europawahl geleistet werden.